

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen
im Hause

Ratsfraktion Bielefeld

Claudia Heidsiek
Bereich Umwelt, Klimaschutz,
Stadtentwicklung & Verkehr
Niederwall 25
33602 Bielefeld
Tel.: +49 (521) 51 27 13
claudia.heidsiek@gruene-bielefeld.de

Bielefeld, den 17.01.2024
Anfrage GRÜNE Ratssitzung am 01.02.2024

Betreff: Weihnachtshochwasser 2023

Sehr geehrter Herr Clausen,

Im Dezember 2023 kam es zu mehrtägigen erheblichen Regenfällen, die im gesamten Stadtgebiet zu Überschwemmungen führten. Im Zuge dessen traten zahlreiche Bielefelder (Fließ-) Gewässer über die Ufer. Das Hochwassermanagement der Stadt und die Arbeit von Umweltamt und Umweltbetrieb haben durch entsprechende Maßnahmen (u.a. Schaffung natürlicher Retentionsräume und Renaturierung Wasserläufe) in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass es nicht zu noch größeren Schäden gekommen ist. Bei weiteren Gewässern wie beispielsweise Lutter und Baderbach besteht jedoch noch Handlungsbedarf. Vieles wird im Rahmen der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie bereits mitbearbeitet.

Besonders die Johannisbachaue zeigte im Dezember 2023 deutlich, wie wichtig natürliche Retentionsräume wie Auen sind, wenn es darum geht, erhebliche Regenmengen aufzunehmen, zu speichern und zeitverzögert abfließen zu lassen. Eine wichtige Eigenschaft solcher naturbelassenen Gebiete, die um jeden Preis zu erhalten ist.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Anfrage:

Inwiefern passen die überdurchschnittlich hohen Regenmengen im Dezember 2023 zu den im Klimaanpassungskonzept prognostizierten Szenarien, was die Überschwemmungen und das Überdie-Ufer-treten einzelne Fließgewässer betrifft und in welche Kategorie (10 / 20 / 50 /100-jähriges) fällt dieses Hochwasserereignis?

Zusatzfragen:

- 1. Der Johannisbachaue kam als natürlichem Retentionsraum beim Weihnachtshochwasser 2023 eine herausragende Rolle zu. Inwiefern kann sie dieser Funktion nach dem Bau des neuen Kreuzungsbauwerks Herforder Straße / L712n überhaupt noch gerecht werden?**
- 2. Ist es in diesem Rahmen geplant, wenn nicht sogar zwingend notwendig, auf das Land NRW zuzugehen, um eine Überplanung des Kreuzungsbauwerks mit dem Ziel einer Verkleinerung bzw. einer geringeren Versiegelung von Flächen im Bereich Johannisbachaue zu erwirken?**

Mit freundlichen Grüßen

Christina Osei & Dominic Hallau - GRÜNE Ratsfraktion